

04.06.2025

STELLUNGNAHME

Strategie KI anwenden

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung bietet Chancen und Herausforderungen für die Metropolregion FrankfurtRheinMain. Der Regionalverband FrankfurtRheinMain, Betreiber des Europabüros FrankfurtRheinMain, versteht sich als Vernetzer und Impulsgeber in der Region, der den Erfahrungsaustausch zu Anwendungsmöglichkeiten von KI und die Zusammenarbeit bei der Erprobung und Umsetzung von Lösungen fördert und moderiert.

Erhöhte Effizienz von Verwaltungsabläufen

Die Anwendung von KI kann zur Verbesserung der Effizienz und zur Beschleunigung von Verwaltungsabläufen beitragen und somit Bearbeitungszeiten verkürzen und Personal entlasten – was mit Blick auf den zunehmenden Fachkräftemangel von Vorteil sein kann. KI ermöglicht eine schnellere Reaktion auf Anfragen und Anträge, wobei gerade routinemäßige und zeitaufwändige Prozesse Potenzial für eine Automatisierung durch KI-Systeme aufweisen. Eine Anwendungsmöglichkeit ist das KI-gestützte Auslesen (Textanalyse) und Aufbereiten von Informationen (Textzusammenfassung, Dokumentenklassifikation) sowie das Entwickeln von Antwortvorschlägen durch generative KI. KI-Systeme können somit unter anderem bei der Beantwortung von Anfragen oder bei der Dokumentenüberprüfung und Antragsbearbeitung unterstützen, sodass die Mitarbeitenden der Verwaltung im Idealfall die KI-basierten Ergebnisse lediglich kritisch prüfen und bei Bedarf entsprechend anpassen müssten. Die letzte Verantwortung würde somit stets bei einem Menschen liegen.

Informationsangebote

Mit Blick auf die KI-Verordnung herrscht in vielen Kommunen Unsicherheit über den rechtsicheren Einsatz von KI. Die Europäische Kommission sollte daher zielgerichtete Informationen zur KI-Verordnung für kommunale Akteure niederschwellig in deutscher Sprache zur Verfügung stellen. Den im AI Continent Action Plan angekündigten AI Act Service Desk befürworten wir, doch ist die Ausgestaltung noch zu ungenau definiert. In jedem Falle sollte dieser auch die öffentliche Verwaltung als wichtige Zielgruppe betrachten und entsprechend zugeschnittene Informationen und Hilfsmittel für kommunale Akteure bereitstellen.

Das Europabüro befürwortet den Austausch von Best-Practice-Beispielen mit anderen regionalen und kommunalen Akteuren. Die [Initiative living.in-EU](#) ist hierfür eine geeignete Plattform, über die bereits kommunale Akteure [Leitfäden](#) zur Digitalisierung und zum Einsatz von KI in der Verwaltung sowie [Templates](#) zur öffentlichen Beschaffung von KI-Anwendungen erarbeitet haben. Die Kommission sollte solche Initiativen stärker unterstützen und darüber hinaus entsprechende Angebote und Unterstützungsleistungen zur richtigen Implementierung und Anwendung von KI-Systemen in der Verwaltung anbieten.

Grenzen der KI in der öffentlichen Verwaltung

Nicht für alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung sind KI-Anwendungen geeignet. Gerade mit Blick auf Cybersicherheit und den Schutz personenbezogener Daten muss die Sinnhaftigkeit von KI-Anwendungen geprüft werden. Dies sollte in der öffentlichen Verwaltung selbst geschehen, denn nur vor Ort kann entschieden werden, was für eine Kommune sinnvoll und zum entsprechenden Zeitpunkt umsetzbar ist. Die in der von der Kommission angekündigten Strategie „KI anwenden“ ambitionierten Etappenziele sollten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips der EU und dem im deutschen Grundgesetz verankerten Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung festgelegt werden und die tatsächliche zeitliche, technische, personelle wie auch finanzielle Umsetzbarkeit berücksichtigen. Bei der Festlegung der Etappenziele sollte auch berücksichtigt werden, dass sich die Anwendungsgebiete von KI in der öffentlichen Verwaltung von denen in der Industrie und Forschung unterscheiden. Zudem sollte das Ambitionsniveau der Etappenziele für die öffentliche Verwaltung nicht über dem für die Industrie liegen.

Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit von KI-Systemen

Cybersicherheit und der Schutz personenbezogener Daten in der öffentlichen Verwaltung sind insbesondere bei bürgernahen Dienstleistungen von großer Relevanz. Die Rechen- und Cloudkapazitäten für KI-Systeme sollten daher in der EU zur Verfügung gestellt werden und zwingend europäischen Datenschutzstandards unterliegen. Eine Datenbank mit erprobten KI-Systemen europäischer Dienstleister wäre zur Orientierung für öffentliche Verwaltungen hilfreich. Darüber hinaus müsste für ähnliche Anwendungsfälle nicht jedes Mal ein neues KI-System neu entwickelt werden, was öffentliche Verwaltungen zeitlich sowie finanziell entlasten würde.

Finanzielle Mittel zur Umsetzung von KI in der Verwaltung

Öffentliche Verwaltungen benötigen für Digitalisierungsprozesse und insbesondere zur Implementierung von KI-Anwendungen neben personellen Ressourcen auch zusätzliche finanzielle Mittel. Viele öffentliche Verwaltungen haben bisher nur wenige Prozesse digitalisiert und entsprechend sind sie bei der Implementierung von KI-Anwendung noch nicht weit vorangeschritten. Daher ist für viele der erste Schritt, eine Machbarkeitsanalyse und einen strategischen Plan aufzustellen, um entsprechendes Digitalisierungspotenzial zu erkennen. Dazu wird auch die Beauftragung externer Expertinnen und Experten notwendig sein, was Honorar- und Ausschreibungskosten verursachen wird. Zudem sollte vor der finalen Implementierung von KI-Systemen eine Testphase eingerichtet sowie eine Schulung der Mitarbeitenden zum Umgang mit dem KI-System und sich möglicherweise ergebender neuer Prozesse angeboten werden. Auch dies wird zusätzliche Kosten verursachen. Der kommende Mehrjährige Finanzrahmen sollte daher im Programm Digitales Europa genügend Mittel für den gesamten Implementierungsprozess von KI-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung bereithalten.